

**Gemeinde Frankenhardt  
Landkreis Schwäbisch Hall**

# **SATZUNG**

## **über die Erhebung von VERWALTUNGSGEBÜHREN (Verwaltungsgebührensatzung) vom 01.01.2002**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBL S. 582, ber. S. 698) und der §§ 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung vom 28.05.1996 (GBL S.481) hat der Gemeinderat der Gemeinde Frankenhardt am 22.10.2001 folgende Satzung zur Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung vom 16.11.1992 mit deren Änderungen vom 22.12.1992, 18.03.1996 und 19.12.1997 beschlossen:

### **§ 1**

#### **Gebührenpflicht**

Die Gemeinde Frankenhardt erhebt für Amtshandlungen, die sich auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren nach dieser Satzung, soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

### **§ 2**

#### **Gebührenfreiheit**

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die
1. Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge und der Kriegsopferversorgung, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes und des Heimkehrergesetzes sowie das Ausweiswesen für Schwerbehinderte betreffen,
  2. die Durchführung des Wehrpflichtgesetzes sowie des Unterhaltssicherungsgesetzes betreffen,
  3. dem Arbeitsfrieden dienen,
  4. sich aus dem Dienstverhältnis des Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben,
  5. Gnadensachen betreffen,
  6. überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden,
  7. in Verfahren vorgenommen werden, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe,

8. geringfügiger Natur sind, insbesondere einfache Auskünfte.

(2) Von der Entrichtung der Gebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht befreit:

1. das Land Baden – Württemberg
2. die Bundesrepublik Deutschland,
3. die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes oder Bundes für Rechnung des Landes oder des Bundes verwaltet werden,
4. die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Baden – Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 genannten berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen oder in sonstiger Weise auf Dritte umzulegen. Nicht befreit sind ferner die Sondervermögen im Sinne von § 26 der Bundeshaushaltsordnung in der jeweils geltenden Fassung, die kaufmännisch eingerichteten Betriebe und die betriebswirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen des Landes und der Bundesrepublik Deutschland sowie die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost. Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden (§ 102 der Gemeindeordnung), der Gemeindeverbände und der Zweckverbände.

### **§ 3**

#### **Gebührensschuldner**

(1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet

1. wer die Amtshandlung veranlaßt oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
2. wer die Gebührenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührenschuld eines anderen Kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

### **§ 4**

#### **Gebührenhöhe**

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für Amtshandlungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von **1,50 EURO** bis **2.600 EURO** zu erheben.
- (2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstandes, nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse für den Gebührenschuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.
- (3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises

hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

- (4) Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zu Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt **1,50 EURO**.

## **§ 5**

### **Entstehung der Gebühr**

Die Gebührenschuld entsteht mit Beendigung der Amtshandlung, für die sie erhoben wird. Bei Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.

## **§ 6**

### **Fälligkeit, Zahlung**

- (1) Die Gebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.
- (3) Die Vornahme einer Amtshandlung kann davon abhängig gemacht werden, daß die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entsehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

## **§ 7**

### **Auslagen**

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen wird besonders veranlagt, soweit diese das übliche Maß erheblich übersteigen. Der Ersatz der Auslagen wird in der tatsächlichen Höhe verlangt, wenn für eine Amtshandlung keine Gebühr erhoben wird.
- (2) Auslagen nach Abs. 1 Satz 2 sind insbesondere
1. Telegrammgebühren,
  2. Reiskosten,
  3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
  4. Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,


5. Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,
  6. Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- (3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

## § 8

### Schlussvorschriften

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2002 in Kraft.
- (2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 10.11.1992 in der Fassung vom 21.12.1992, zuletzt geändert am 15.12.1997 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.
- (3) Für Abgaben, die bereits vor dem 01.01.2002 entstanden sind und erst nach dem 31.12.2001 zu entrichten sind, gelten für die Bemessung der Abgaben die Satzungsbestimmungen, die zum Zeitpunkt der Entstehung der Abgabenschuld gegolten haben.

Frankenhardt, den 22.10.2001



Karle  
Bürgermeister

#### **Hinweis nach § 4 Absatz 4 GemO:**

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach §4 Absatz 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftliche innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

# GEBÜHRENVERZEICHNIS

## Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

<b>lfd. Nummer</b>	<b>Amtshandlung</b>	<b>Gebühr in EURO</b>
<b>1</b>	<b>Ablehnung eines Antrag usw. (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)</b>	<b>1/10 bis volle Gebühr, mindestens 1,50 EURO</b>
<b>2</b>	<b>Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 3 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)</b>	<b>1,50 bis 2.600,- EURO</b>
<b>3</b>	<b>Anträge</b>  Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen u. dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	<b>1,50 bis 102,- EURO</b>
<b>4</b>	<b>Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche</b>  mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	<b>1,50 bis 51,- EURO</b>
<b>5</b>	<b>Gebühren bei Bau- bzw. Abbruchanträgen bzw. Bauvoranfragen</b>	
<b>5.1</b>	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlage im Kenntnissgabeverfahren ( § 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO)	<b>0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. der Abbruchkosten mindestens 13,- EURO</b>
<b>5.2</b>	Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO	<b>0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. der Abbruchkosten mindestens 13,- EURO</b>
<b>5.3</b>	Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnissgabeverfahren (§ 55 LBO)	<b>5,10 EURO je zu benachrichtigenden Angrenzer mindestens</b>

<b>6</b>	<b>Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen</b>	<b>jedoch 26,- EURO</b>  <b>2,50 bis 510,- EURO</b>
<b>7</b>	<b>Beglaubigung, Bestätigung</b>	
<b>7.1</b>	Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln	<b>1,50 bis 130,- EURO</b>
	Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für je weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz	
<b>7.2</b>	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	<b>0,50 bis 5,00 EURO</b> <b>mindestens 1,50 EURO</b>
<b>7.3</b>	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	<b>0,50 bis 2,50 EURO</b>
<b>7.4</b>	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 19) hinzu	
<b>8</b>	<b>Bescheinigungen</b>	
<b>8.1</b>	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	<b>1,50 bis 51,- EURO</b>
<b>8.2</b>	Gebührenfrei sind	
<b>8.2.1</b>	Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts (z.B. §§10b EstG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen),	<b>0,- bis 5,00 EURO</b>
<b>8.2.2</b>	die Ausstellung von Negativzeugnissen gemäß § 28 Abs. 1 BauGB	<b>10,- bis 15,- EURO</b>

<b>9.</b>	<b>Bestattungsrecht</b>	
9.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)	2,50 bis 26,- EURO
9.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	2,50 bis 15,- EURO
<b>10</b>	<b>Feiertagsrecht</b>	
10.1	Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	10,- bis 51,- EURO
10.2	Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	
10.2.1	Pro Tag an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 bis 24.00 Uhr verboten sind	26,- bis 102,- EURO
10.2.2	Pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind	51,- bis 205,- EURO
<b>11</b>	<b>Fundsachen</b>	
	Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
11.1	bei Sachen bis zu 510,- EURO Wert	2 % des Werts, mindestens jedoch 1,50 EURO
11.2	bei Sachen über 510,- EURO Wert	2 % von 510,- und 1 % des Mehrwertes
<b>12</b>	<b>Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist</b>	2,50 bis 510,- EURO
<b>13</b>	<b>Gutachten (Augenscheine ) nach dem Wert des Gegenstandes</b>	1 bis 2 %, mind. jedoch je angefangene halbe Stunde der Inanspruchnahme 13,- EURO
<b>14</b>	<b>Geschäftsstelle des Gutachterausschusses</b>	
14.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	2,50 bis 51,- EURO
14.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	2,50 bis 26,- EURO
<b>15</b>	<b>Amtshandlungen im</b>	

	<b>Kirchenaustrittsverfahren je Person</b>	<b>5,- bis 51,- EURO</b>
<b>16</b>	<b>Melderecht</b>	
<b>16.1</b>	Auskunft aus dem Melderegister	
<b>16.1.1</b>	einfache Auskunft (§32 Abs. 1 Meldegesetz-MG)	<b>5,- EURO</b>
<b>16.1.2</b>	Erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG)	<b>10,- EURO</b>
<b>16.1.3</b>	Gruppenauskunft (§32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 und 3 MG) jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	<b>1,50 EURO</b>
<b>16.1.4</b>	Gruppenauskunft nach Nr. 16.1.3, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	<b>15,- bis 2.600,- EURO</b>
<b>16.2</b>	Datenübermittlung	
<b>16.2.1</b>	Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§29 MG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§30 MG) jeweils für jede Person auf die sich die Datenauskunft erstreckt.	<b>1,50 EURO</b>
<b>16.2.2</b>	Datenübermittlung nach Nr. 16.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurde	<b>10,- bis 2.600,- EURO</b>
<b>16.2.3</b>	Datenübermittlung an den <i>Südwestdeutschen Rundfunk</i> bzw. an die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) oder deren Rechtsnachfolger pro übermittelter Datensatz	<b>0,15 EURO</b>
<b>16.3</b>	Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung (§ 10 Abs. 3 Satz 1 KomWG)	<b>15,34 EURO</b>
<b>16.4</b>	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte.	<b>5,- EURO</b>
<b>16.5</b>	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	<b>2,50 bis 510,- EURO</b>
<b>16.6</b>	Gebührenfrei sind	
<b>16.6.1</b>	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung	
<b>16.6.2</b>	die Auskunft an den Betroffenen (§11 MG)	
<b>16.6.3</b>	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und	



Löschung von Daten des Melderegisters  
(§§ 12, 13 MG)

- 17 Rechtsbehelfe**  
(Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)
- 17.1** wenn die Rechtsbehelfe im wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat **5,- bis 255,- EURO**
- 17.2** bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ Abs. 4 Satz 3 der Satzung) **1/10 bis 1/12 der Gebühr nach 17.1 mindestens 1,50 EURO**
- 18 Sammlungswesen**  
Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz **10,- bis 204,- EURO**
- 19 Schreibgebühren**
- 19.1** Ausfertigungen oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Versammlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)
- 19.1.1** für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind **5,- EURO**
- 19.1.2** für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind **10,- EURO**
- 19.1.3** für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde **7,- EURO**
- 19.2** Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben
- 19.2.1** bei einem Format bis zu DIN A 4  
für die erste Seite **0,80 EURO**  
für jede weitere Seite **0,50 EURO**
- 19.2.2** bei einem größeren Format

	für die erste Seite	<b>1,30 EURO</b>
	für jede weitere Seite	<b>1,- EURO</b>
<b>19.3</b>	Vervielfältigungen auf mechanischem Weg je nach Umfang, Schwierigkeit und Aufwand je Seite	<b>0,25 bis 2,50 EURO</b>
<b>20</b>	<b>Straßenrechtliche Sondernutzung</b> Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	<b>10,- bis 255,- EURO</b>
<b>21</b>	<b>Zurücknahme eines Antrags (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)</b>	<b>1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mindestens 1,50 EURO</b>